

Macht und/oder Modell? EU-Entwicklungspolitik und differenzierte Sichtweisen Europas in Ostafrika

Bachmann, Veit

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Bachmann, V. (2011). Macht und/oder Modell? EU-Entwicklungspolitik und differenzierte Sichtweisen Europas in Ostafrika. *Europa Regional*, 17.2009(4), 188-199. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-310892>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Macht und/oder Modell? EU-Entwicklungspolitik und differenzierte Sichtweisen Europas in Ostafrika

VEIT BACHMANN

Zusammenfassung

Externe Wahrnehmungen von Europas Identität und Rolle als global- und entwicklungspolitischer Akteur unterscheiden sich in vielerlei Hinsicht. Zum einen präsentiert sich Europa nach Außen durch eine Vielzahl verschiedener Akteure, wie zum Beispiel die Kommission, die Mitgliedsstaaten oder den neu geschaffenen diplomatischen Dienst. Zum anderen sind die europäischen Akteure in einer Reihe verschiedener Politikfelder mit unterschiedlichem Engagement und unterschiedlichen Kompetenzen tätig.

Basierend auf ethnographischen Untersuchungen des Verhältnisses der Europäischen Union (EU) zu Kenia, der Ostafrikanischen Gemeinschaft (EAC) und der Afrikanischen Union (AU) legt dieser Beitrag dar, wie sich die Unterschiede in den Wahrnehmungen im Wesentlichen entlang zweier Differentiationen ausdrücken. Einerseits unterscheiden sich Auffassungen europäischen außenpolitischen Personals von solchen ihrer afrikanischen Kooperationspartner. Andererseits muss differenziert werden zwischen Wahrnehmungen von Europa als alternatives geopolitisches Modell regionaler Integration und solchen von Europa als geoökonomische Macht. Dieser Beitrag präsentiert und analysiert eine Reihe solch differenzierter Wahrnehmungen europäischer und afrikanischer Kooperationspartner.

European Union, African Union, East African Community, Geopolitisches Modell, Geoökonomische Macht, EU Außenbeziehungen, Entwicklungspolitik

Abstract

Power and/or Model? EU Development Policy and Varying Views of Europe in East Africa

External perceptions of Europe's identity and role as a global actor in development of policymaking differ widely in many ways. On the one hand, Europe presents itself to others by means of a wide range of actors such as the European Commission, the member states or the recently created diplomatic service. On the other hand, the European actors are active in a whole series of different fields of politics with varying commitment and capabilities.

Based on ethnographic studies of the relationship of the European Union (EU) to Kenya, the East African Community (EAC) and the African Union (AU), this article describes how the differences in perceptions essentially express themselves along two lines of differentiation. One is the way the attitudes of European foreign-policy personnel differ from those of their African cooperation partners. We also have to differentiate between perceptions of Europe as an alternative geopolitical model of regional integration and those of Europe as a geoeconomic power. This article will present and analyse a series of these differentiated perceptions from the East African point of view.

European Union, African Union, East African Community, geopolitical model, geoeconomic power, EU foreign relations, development policy

Einleitung

Europäische Außenbeziehungen und die Rolle der EU als entwicklungspolitischer Akteur werden umfassend und kontrovers diskutiert, wobei die Meinungen ein breites Spektrum verschiedener Facetten und Einschätzungen abdecken. Es ist jedoch unbestritten, dass die EU als weltgrößte Volkswirtschaft (IMF 2010), als größter Geber von Entwicklungshilfe und als einer der bedeutendsten Handelspartner einen wichtigen Bezugspunkt für Entwicklungsländer darstellt (CARBONE 2007, 2008; DIALER 2007; HOLLAND 2002; LISTER 1997). Schon im Zuge der Gründung der Europäischen Union schlug

HILL (1993, S. 311) vor, die EU als prinzipielle Schnittstelle zwischen Industrie- und Entwicklungsländern zu etablieren. Bei anderen Autoren jedoch werden die Beziehungen der EU zu Entwicklungsländern wesentlich kritischer eingeschätzt (GIBB 2000, 2004, 2006; HOLDEN 2009; HURT 2003; NIXSON 2007). Vor allem im Zusammenhang mit den Verhandlungen über Handelsabkommen (EPAs – economic partnership agreements) mit den AKP-Ländern (Gruppe der afrikanischen, karibischen und pazifischen Staaten) wurde die EU häufig als „repressiv“, „ausbeutend“ und „neo-imperial“ (Zitate aus persönlichen Interviews) bezeichnet.

In vielerlei Hinsicht wirft die koloniale Vergangenheit dabei noch immer einen Schatten über europäische Beziehungen zu Entwicklungsländern, wobei die EU gleichzeitig versucht, sich als werteorientierter Akteur und „helping hand“ zu positionieren (EC 2007b; FIORAMONTI u. POLETTI 2008; LUCARELLI u. FIORAMONTI 2009a; vgl. auch MANNERS 2002). Intern hat die EU ein System regulierter Interaktionsräume zwischen verschiedenen Akteuren und Ebenen von ‚governance‘ entwickelt. Dieses System wird weithin als EU-spezifisch, komplex und als eine konstitutive Säule der Identität und weiteren Rolle der EU in der Welt angesehen. EU-Außenbezie-

hungen¹ sind gleichermaßen komplex; sie bestehen multilateral und bilateral auf mehreren Ebenen und in verschiedenen Politikfeldern. Dies trifft natürlich auch auf die Beziehungen der EU zu Entwicklungsländern zu. Obwohl diese schon seit über fünfzig Jahren Teil kollektiver europäischer Politik sind, war das Engagement einzelner EU-Mitgliedstaaten traditionell intensiver, oft allerdings auch problematischer.

Konzeptionell bezieht sich dieser Beitrag auf entsprechende Diskurse zur geopolitischen Rolle der EU als Zivilmacht und als „normative power“ (BRETHERTON u. VOGLER 2006; DIEZ 2005; HARPAZ u. SHAMIS 2010; MANNERS 2002, 2006a, 2006b; NICOLAIDIS u. HOWSE 2002; ORBIE 2008; ROGERS 2009; SCHEIPERS u. SICURELLI 2007, 2008; TELÒ 2006) sowie auf die konzeptionellen Herangehensweisen der Critical Geopolitics (AGNEW 1994; AGNEW u. CORBRIDGE 1989; DALBY 1990, 1991; DODDS u. SIDAWAY 1994; LUKE 1993; O'LOUGHLIN et al. 2005; T TUATHAIL u. AGNEW 1992; T TUATHAIL u. DALBY 1998). Das internationale System wird hierbei nicht im Sinne endgültig fixierter, territorialer und nationalstaatlicher Abgrenzungen verstanden, sondern als ein sich veränderndes Konstrukt, dessen Konstituierung von historischen Prozessen sowie andauernden sozialen, kulturellen und politischen Konstruktionen und Reproduktionen bestimmt wird. Dominante Wahrnehmungen und Emotionen beeinflussen somit die Art und Weise, wie bestimmte Gesellschaften sich selbst und ihre Rolle im globalen Kontext verorten und wie sich dementsprechend deren In-

teraktionen mit anderen Akteuren gestalten (MOÏSI 2009). GEARÓID T TUATHAIL (1996, S. 185, übersetzt) argumentiert, dass sich geopolitische Analysen damit beschäftigen sollten, wie „bestimmte globale Raumvorstellungen von dominanten Intellektuellen, Institutionen und Praktikern der Staatskunst erdacht und geformt werden und wie sich bestimmte Konstellationen geopolitischer Bedeutsamkeit um globale Visionen situieren“. Anhand dieses Beitrags wird aufgezeigt, welche geopolitischen und geoökonomischen Bedeutsamkeiten in dominanten Wahrnehmungen europäischer und afrikanischer Kooperationspartner auf dem Gebiet der Entwicklungszusammenarbeit auftreten und, insbesondere, welche eben nicht auftreten. Es geht hierbei nicht um eine Aufarbeitung der bestehenden Literatur zu EU-Afrika-Beziehungen², sondern um das Darstellen dominanter Wahrnehmungen von Schlüsselpersonen, die diese Interaktionen gestalten.

Dabei orientierten sich die Forschungsarbeiten an Martin MÜLLERS Anregung zum Verständnis der Critical Geopolitics als eine Analyse von Text und Praxis (MÜLLER 2008)³. Somit geht dieser Beitrag über eine Textanalyse hinaus und untersucht Ansätze kollektiver europäischer Entwicklungspolitik sowie respektive externe Wahrnehmung. Diese Untersuchung erfolgt durch teilnehmende Beobachtung und Leitfadeninterviews mit Entscheidungsträgern europäischer Einrichtungen, der kenianischen Regierung, der East African Community, der Afrikanischen Union sowie mit Vertretern von NGOs, anderen Gebern und zivilgesellschaftli-

chen Organisationen.⁴ Es wird zunächst auf die Entwicklung des europäischen Systems politisch-ökonomischer Organisation und die Besonderheiten europäischer Entwicklungspolitik sowie auf die Mannigfaltigkeit der entsprechenden Akteure und Politikfelder eingegangen. Im Folgenden wird zwischen verschiedenen Rollen und Sichtweisen der EU als geopolitisches Modell und als geoökonomische Macht differenziert. Es werden verschiedene Facetten europäischer Außenbeziehungen aufgezeigt und dargelegt, wie von europäischer Seite die Kohärenz der innen- und außenpolitischen Agenden angestrebt wird (EC 2007d, S. 1). Dies bezieht sich in erster Linie auf die strukturellen Rahmenbedingungen und Instrumente der Politikführung, die die Interaktion verschiedener Akteure im internationalen System bestimmen. Das Ziel der EU dabei ist, den Modus Operandi des Systems politisch-ökonomischer Organisation der EU auf die Außenbeziehungen zu übertragen und somit die Strukturen des internationalen Systems sowie die immanenten Interaktionen zu formen. Auf Grund der Erfahrungen der europäischen Integration wurden die Prozesse der regionalen Integration dementsprechend zu einem Kernaspekt kollektiver Außenbeziehungen. Schließlich zeigt dieser Beitrag auf, wie sich dominierende Wahrnehmungsmuster von außenpolitischem Personal der EU und ihren Kooperationspartnern in Ostafrika teilweise überlappen, teilweise aber auch substantiell unterscheiden, wobei die aufgezeigten Differenzierungen eine wichtige Rolle spielen.

¹ Der Begriff ‚Außenbeziehungen‘ beinhaltet Außen-, Entwicklungs- und (Wirtschafts-)Handelspolitik. Zu beachten ist, dass Außen-, Entwicklungs- und Handelspolitik keine strikt abgegrenzten Politikfelder darstellen, sondern, im Gegenteil, durch vielfältige Überlappungen gekennzeichnet sind. Die einschlägige Literatur verzichtet dabei häufig auf eine Unterteilung und bezeichnet diese einfacherweise generell als Außenpolitik. Um die Unterschiede der Interessen-/Kompetenzen der beteiligten Akteure auf EU- als auch auf Mitgliedsstaatsebene hervorzuheben, wird die Differenzierung in diesem Artikel aufrecht erhalten. Trotz der bereits langjährigen Versuche und Anstrengungen eine Gemeinschaftliche Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) zu etablieren, bleibt dieses Politikfeld unter nationalstaatlicher Kontrolle. Die Handelspolitik jedoch fällt größtenteils in das Kompetenzgebiet der Europäischen Kommission und stellt somit ein kollektives Handlungsfeld dar. Entwicklungspolitik kann im diesen Zusammenhang als Schimäre bezeichnet werden. Zusätzlich zu einer kollektiv verfolgten Entwicklungspolitik der EU erhalten die einzelnen Mitgliedstaaten ihre nationalstaatlichen Anstrengungen in diesem Gebiet aufrecht.

² Für entsprechende Arbeiten siehe ELGSTRÖM und LARSEN (2010), BACH (2010), FABER und ORBIE (2009), ASCHÉ und ENGEL (2008), CARBONE (2007), DIALER (2007).

³ MÜLLER bezieht sich dabei auf ERNESTO LACLAU und CHANTAL MOUFFE, die den Ansatz der Diskursanalyse von einer Text-Fokussierung auf so genannte ‚signifying practices‘ ausdehnen. Für weitere Informationen siehe LACLAU und MOUFFE (1985), RECKWITZ (2002), LACLAU (2006), auch GLASZE (2007).

⁴ Originäre Feldforschung wurde im Zuge eines umfassenderen Forschungsprojekts zu Europas Rolle als Geber und geopolitischer Akteur in Ostafrika (siehe BACHMANN 2009) in Addis Ababa, Arusha, Brüssel, Frankfurt, Kigali und Nairobi zwischen Mai 2007 und Dezember 2008 durchgeführt. Es handelt sich dabei um einen qualitativen Forschungsansatz, der gezielte Vorstellungen ausgewählter Schlüsselpersonen zur EU und ihrer Rolle als globaler und entwicklungspolitischer Akteur in Ostafrika aufzeigt, und nicht um eine quantifizierbare repräsentative Darstellung der Meinungen in der Bevölkerung in Ostafrika. Insgesamt wurden 60 Informanten in 55 Interviews befragt; davon 23 Vertreter europäischer Institutionen, 16 Vertreter anderer Geberländer oder -organisationen und 21 Vertreter afrikanischer Institutionen (z.B. der EAC, der AU, der kenianischen Regierung, von NGOs etc.). In den Darstellungen im Text sind die entsprechenden Zugehörigkeiten jeweils mit angegeben, aus Gründen der Vertraulichkeit bleiben die Informanten jedoch anonym.

Regulierte Interaktionsräume, kollektive Außenbeziehungen und EU-Entwicklungspolitik

Im Zuge des europäischen Einigungsprozesses in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts entwickelten sich die vielschichtigen Interaktionen zwischen den verschiedenen Akteuren innerhalb der EG/EU zu einem neuartigen System politisch-ökonomischer Organisation. Durch die Erfahrungen der internen Funktionalität dieses System (in erster Linie die Eindämmung der Kriegsgefahr sowie der wirtschaftliche und politische Wiederaufbau in Westeuropa) wurde dieses System – charakterisiert von Multilateralismus, internationalen Institutionen, Rechtsstaatlichkeit, Werteorientierung, supranationaler Integration, Demokratie, Marktliberalisierung und der Eindämmung militärische Macht als Mittel internationaler Politik – von den europäischen Ländern und Institutionen als Grundlage für Interaktionen verinnerlicht. Diese Art eines ‚zivilisierten‘ internationalen Systems etablierte sich mittelbar durch die Leitidee der *Zivilmacht*, die sich auch als elementares Ziel in der Konzeption kollektiver Außenbeziehungen widerspiegelt (BACHMANN u. SIDAWAY 2009; DUCHÊNE 1972, 1973; MANNERS 2002; MAULL 1990, 1993, 2005; TELÒ 2006). Die Angleichung interner und externer Politikagenden wird dementsprechend auch in offiziellen außenpolitischen Strategiepapieren der EU propagiert: „to achieve genuine coherence between its domestic and its external agendas, contributing thereby to global security and prosperity“ (EC 2007d, S. 1). Die andauernde politische Relevanz entsprechender, durch den Zivilmachtsdiskurs hervorgebrachter, Denkweisen zeigt sich auch in Statements politischer Entscheidungsträger. So stellte zum Beispiel die frühere Europäische Kommissarin für Außenbeziehungen und Europäische Nachbarschaftspolitik, Benita FERRERO-WALDNER, fest: „Es ist nun an uns, als Zivilmacht Europa ein starkes Selbstverständnis als globaler Akteur zu entwickeln und diese Anziehungskraft unserer Ideen konstruktiv zu nutzen“ (FERRERO-WALDNER 2007). Ganz ähnlich äußerte sich der frühere Hohe Vertreter für Außen- und Sicherheitspolitik, Javier SOLANA, mit den Worten: „America seems set to maintain her military predominance for the foreseeable future, while Europe has an unrivalled claim as a global ‚civil power‘“ (SOLANA 2002). Versuche einer

Legitimation der angestrebten geopolitischen Rolle der EU fußen häufig auf der (als erfolgreich wahrgenommenen) Transformation von einem von Kriegen zerrissenen Kontinent, hin zu einer Region relativen Friedens und Wohlstands durch die Entwicklung eines zivilisierten Umgangs untereinander und einer Institutionalisierung der zwischenstaatlichen Beziehungen. Mario TELÒ (2006, S. 57) beschreibt dies mit den Worten: „[the] existence of EU civilian and multilateral power in the world is thus an incontrovertible fact and well exceeds a mere vague influence“. TELÒ (2006, S. 255-256) versteht die EU somit als eine stark wertebasierte Gemeinschaft, die ihre Außenbeziehungen auf folgenden Grundsätzen aufbaut: „[values that are] declared and practised at both internal and external levels. These include human rights, democracy, peace and the settlement of conflicts, justice and tolerance, combined with the non-military instruments used by the EU to conduct external relations and international actions and, above all, the possible dissemination of elements of the regional integration experience to other continents, as a way of achieving democracy and lasting peace.“

Vergleichbare Auffassungen wurden auch häufig von europäischen Diplomaten artikuliert. Als Beispiel sei hier ein finnischer Diplomat in Nairobi angeführt, in dessen Zukunftsvision Europa eine führende Rolle einnimmt: „the EU should play a global role parallel to the US‘ which presents the EU as a value-based union and a counterforce to US foreign policy“ (Interview des Autors in Nairobi am 26.11.2007). Eine ähnliche Rolle Europas schlägt ein deutscher Diplomat vor, der Europa als internationalen Akteur sieht welcher eindeutig wertebasiert auftritt und dessen Werte sich klar von denen anderer internationaler Akteure abgrenzen. Diese Werte zeichnen sich durch den Fokus auf Menschenrechte, Soft Power und zivile Macht aus, unter gewissen Umständen auch militärische Macht, dies jedoch ausschließlich stark institutionalisiert und kollektiv reguliert (Interview des Autors in Nairobi am 17.12.2007).

Ein derartiges Grundverständnis europäischer Außenbeziehungen wird auch im Bezug auf die europäische Herangehensweise gegenüber Entwicklungsländern deutlich, wobei die EU hier besonders versucht sich als global bedeutsamer Akteur hervorzutun.

Die Verträge von Maastricht (Vertrag über die Europäische Union – EUV⁵) etablierte das Prinzip der Komplementarität als Schlüsselprinzip europäischer Entwicklungspolitik, wobei der Europäischen Kommission die Rolle des Entwicklungshilfekoordinators zukommt (siehe CARBONE 2007, S. 58-59). Dies bezieht sich nicht nur auf die komplementäre Ausrichtung der Betätigungsfelder der EU gegenüber der Entwicklungspolitik einzelner Mitgliedsländer, sondern berücksichtigt sowohl generelle Zielvorgaben der EU-Außenbeziehungen als auch die ihrer Mitgliedsstaaten. Dadurch entstehen zwangsläufig diverse Zielkonflikte, die durch unterschiedliche Interessen der teilnehmenden Akteure bedingt sind. Neben der großen Anzahl der Akteure (Europäische Kommission, Mitgliedstaaten und Andere), die zu diesem Zielkonflikt führen, entwickelten FIORAMONTI und POLETTI (2008) im Kontext eines umfangreichen Forschungsprojekts zu EU Außenwahrnehmungen (siehe LUCARELLI u. FIORAMONTI 2009b) eine sehr generelle, jedoch hilfreiche, Unterscheidung in ‚wirtschaftliche‘ und ‚politische‘ Politikfelder der EU-Außenbeziehungen. Sicherlich stellt eine derartige Unterscheidung eine Vereinfachung komplexer Sachverhalte dar und sollte nicht als eindeutige Abgrenzung verstanden werden, sondern eher als eine flexible Kategorisierung mit dem Ziel, eine Beschreibung bestimmter Aspekte der äußerst facettenreichen europäischen Außenbeziehungen zu erleichtern. Die Koexistenz und enge Verflechtung dieser Politikfelder führt zu Differenzierungen in der Gesamtbetrachtung der Außenbeziehungen. Laut FIORAMONTI und POLETTI wird die EU auf ‚wirtschaftlichem‘ Gebiet bezüglich der Dominanz europäischer Wirtschaftsinteressen kritisiert, wohingegen der ‚politischen‘ Rolle eine gewisse Wertorientierung und Unterstützung der ökonomischen, gesellschaftlichen und politischen Entfaltung des Kooperationspartners zugeschrieben wird: „in general the ‘EU as opportunity’ is contrasted with the ‘EU as fortress’, a huge economic power characterised by a protectionist attitude“ (FIORAMONTI u. POLETTI 2008, S. 173).

⁵ Die Verträge sind unter <http://eur-lex.europa.eu/en/treaties/dat/11992M/htm/11992M.html> [10.06.2010] verfügbar.

Der europäische Integrationsprozess wurde von Anfang an in erster Linie durch das „economic medium“ (DUCHÊNE 1994, S. 408) vorangetrieben. Diese wirtschaftliche Triebfeder führte dazu, dass die wirtschaftliche Integration immer weiter vorangeschritten war (und ist) als ihr politisches Pendant. Während also Konzeption und Gestaltung eher ‚politischer‘ Themenkomplexe häufig in einer Kakophonie der Meinungen enden, spricht die EU sowohl intern wie auch extern auf wirtschaftspolitischen Gebiet wesentlich häufiger und nachdrücklicher mit einer Stimme. Eine Begründung hierfür ist die hohe Zentralisierung der wirtschaftspolitischen Entscheidungsfindung im Gegensatz zum Widerwillen der Mitgliedsstaaten, klassisch außenpolitische Verantwortlichkeiten auf supranationale Instanzen zu übertragen. Die schrittweise wirtschaftliche Integration hat dazu geführt, dass die EU heute die stärkste Volkswirtschaft der Welt darstellt (IMF 2010), deren Einfluss auf die Weltwirtschaft beträchtlich ist. Der kollektive europäische Einfluss auf internationale Strukturen ist daher überwiegend wirtschaftlicher Natur und hat als solcher entscheidenden Einfluss auf die Konzeption europäischer Entwicklungspolitik im Speziellen und auf die kollektiven Außenbeziehungen im Allgemeinen. Dieses „economic medium“ fungiert jedoch in erster Linie als Förderer europäischer Wirtschaftsinteressen, die häufig im Widerspruch zu entwicklungspolitischen Zielen afrikanischer Ländern stehen, speziell vor dem Hintergrund der sehr unterschiedlichen Ökonomien afrikanischer und europäischer Länder. CARBONE (2008, S. 325, übersetzt) betont in diesem Zusammenhang die nötige Umformulierung europäischer externer Wirtschaftsbeziehungen hin zu einem „Bekenntnis zur Förderung nachhaltiger Entwicklung und Armutsbekämpfung“.

Die Rahmenbedingungen für die Beziehungen der EU zu Entwicklungsländern sind dabei im Abkommen von Cotonou festgelegt (EC 2000, 2006). Die entsprechende Finanzierung ist durch den Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) geregelt und laut HOLDEN (2009, S. 133, übersetzt) ein „für europäische Interessen optimiertes Standardinstrument der Entwicklungshilfe. [...] Das Ziel besteht in der Armutsbekämpfung und der Schaffung von wirtschaftlichem Wachstum, wodurch regionale Integration und die EPAs vorangetrieben werden sollen“. Sowohl

regionale Integration als auch die EPAs reflektieren die Ambitionen der EU, Kohärenz zwischen internen und externen Organisationsstrukturen herzustellen; regionale Integration aufgrund der Präferenz mit anderen regionalen Institutionen zusammenzuarbeiten, die EPAs um die Integration der Entwicklungsländer in internationale Handelsabkommen (in erster Linie die Welthandelsorganisation – WTO) voranzutreiben – dies jedoch unter Wahrung der europäischen Interessen und Sicherung der Vormachtstellung.

Die Differenzierung in ‚politischer‘ und ‚wirtschaftlicher‘ Politikfelder europäischer Außenbeziehungen spiegelt sich dabei in vielerlei Hinsicht in diesen beiden Kernaspekten (regionale Integration und EPAs) der Entwicklungspolitik wider. Im Folgenden wird abstrahiert, wie sich diese Differenzierung auch in verschiedenen Rollen der EU als geopolitisches Modell und als geoökonomische Macht darstellt.

Die EU als geopolitisches Modell

Seitens der EU wird regelmäßig die Rolle der EU als historisches Modell für die Schaffung von Frieden und Wohlstand und als wertorientierter Akteur betont, wie z.B. im European Consensus on Development: „partnership and dialogue with third countries will promote common values of: respect for human rights, fundamental freedoms, peace, democracy, good governance, gender equality, the rule of law, solidarity and justice“ (EPCC 2006, S. 3).

Im Zuge des europäischen Einigungsprozesses waren diese Aspekte von besonderer Relevanz und werden daher auch häufig als fundamentale Ziele europäischer Außenbeziehungen formuliert. Ein in Äthiopien arbeitender europäischer Beamter bezeichnet dementsprechend Europa als „ein Modell für Frieden, Stabilität, regionale Integration und die Schaffung von gemeinsamen Werten und eines Gemeinschaftssinns. Europa hat die Strukturen gewaltsamer Konflikte überwunden und zivilisierte Strukturen entwickelt. Es sollte diese in die Welt exportieren“ (übersetzter Auszug aus einem Interview des Autors in Addis Ababa, 22.02.2008).

Die Entwicklung ebendieser Lösungsstrategien für internationale Konfliktsituationen, die auf einem zivilisierten, internationalen System beruhen, wurden durch das sich integrierende Europa internalisiert und bilden heute

durch das Bekenntnis zu diesen Attributen das Leitmotiv europäischer Geopolitik. Ein Kernaspekt besteht darin, regulierte, bindende, und ‚faire‘ Interaktionsräume zwischen stärkeren und schwächeren Akteuren zu finden; d.h., die internationalen Beziehungen durch die Schaffung solch ‚innenpolitischer‘ Strukturen und Regulationsmechanismen zu ‚zivilisieren‘. Die Rolle der EU als regionale Organisation kennzeichnet sie dabei sowohl als global einmaligen Akteur als auch als Vorbild für regionale Integration in Entwicklungsländern. ‚Die Europäer‘ werden oft als einziger Bezugspunkt auf diesem Gebiet angesehen. Nicht nur in interner Hinsicht, sondern auch in der Außenwahrnehmung liegt regionale Integration im Kern der europäischen Idee, wie ein europäischer Beamter in Brüssel vermerkte: „the inherently ‚European thing‘ is regional integration“ (Interview des Autors, Brüssel, 04.07.2008). Die entsprechende Förderung und die Anstrengungen der EU, Beziehungen auf regionalem Level zu entwickeln, sind daher Hauptbestandteile europäischer Entwicklungspolitik (HOLDEN 2009, S. 17-18). Regionale Integration ist somit ein Schwerpunkt des europäischen Projekts, und die Weiterverbreitung des Ansatzes über die europäischen Grenzen hinaus ist eine zentrale Ambition europäischer Außenbeziehungen (BACHMANN u. SIDAWAY 2010; BECK u. GRANDE 2007; BRETHERTON u. VOGLER 2006; DUCHÊNE 1972, 1973; EC 2007a, 2007b, 2007c, 2008; HETTNE u. SÖDERBAUM 2005; MAULL 2005; TELÒ 2006).

Häufig sind gewisse Aspekte dieser Darstellungen von europäischer Seite auch in den Vorstellungen afrikanischer Informanten reflektiert. Trotz gewisser interner Probleme und Kompetenzgengangs strahlt das Miteinander stärkerer und schwächerer Akteure – mit unterschiedlichen Ansichten – innerhalb der EU in geopolitischem Kontext eine beträchtliche Anziehungskraft bezüglich der Einbindung von Entwicklungsländern in internationale Politik- und Wirtschaftsprozesse aus. In diesem Zusammenhang betrachtet ein Beamter der East African Community (EAC) die Integration osteuropäischer Länder in die EU als ein Modell für die Integration von Entwicklungsländern in die Weltwirtschaft: „The EU has gone through a process of incorporating the Central and Eastern European (CEE) countries. It

therefore knows and understands the difficulties weaker countries encounter and it is a good position to assist them to be included in the world economy. The EU's goal in its assistance to the CEE countries has been their inclusion into Europe and into the world economy, the partnership was not one of dominance because it has been realised that a fair partnership is in the mutual interest. The idea was to create economic opportunities for the weaker partner and include them, thereby using their strength" (Interview des Autors in Arusha, 18.03.2008).

Ein weiterer EAC-Beamter überträgt diese Idee auf die Beziehungen zwischen Europa und den AKP-Ländern: „the EU has been very supportive of the ACP-group in WTO negotiations. It is seen as a partner by ACP countries in that respect. The ACP can exercise some influence globally through the EU" (Interview des Autors in Arusha, 18.03.2008). Derartige Sichtweisen resultieren in entsprechenden Erwartungen seitens der afrikanischen Kooperationspartner. Hochrangige Interviewpartner der EAC und der Afrikanischen Union (AU) unterstrichen das vergleichsweise große Verständnis der ‚Europäer‘ im Bezug auf Probleme und Schwierigkeiten regionaler Integrationsprozesse im Vergleich zu anderen Akteuren, wie zum Beispiel der USA. Beispielhaft argumentierte ein EAC-Beamter, dass „die EU sehr erfolgreich bei ihrer eigenen regionalen Integration war und dabei selbst einige Schwierigkeiten zu überwinden hatte. Daher ist ein viel größeres Verständnis für die nötigen Anstrengungen regionaler Integration vorhanden. Die USA verfügt einfach nicht über ein derartiges Verständnis“ (übersetzter Auszug aus einem Interview des Autors in Arusha am 18.08.2008). Ähnlich erklärt es ein weiterer EAC-Beamter: „[On issues of regional integration] the EU is very different to the US because the EU understands the intricacies of sovereignty when dealing with regional integration, it understands the process and the difficulties when trying to reach a common consensus amongst the member states, it is like the EAC and has gone through the processes the EAC aims to go through. The common market the EAC is negotiating at present is almost an exact replication of the EU's. The EAC is following the steps of the EU, also when it comes to getting others ready to join. The EU's neighbourhood policy is about getting

neighbours to a point where the structures are already fairly similar to ones of the union once they get to the point of accession“ (Interview des Autors in Arusha, 18.03.2008).

Sowohl die EAC als auch die AU sehen die EU als Modell und als wichtigen strategischen Partner für Kooperationen. Ein AU-Beamter in Addis Abeba betont, dass „die EU der einzige Akteur sei, der als Modell für regionale Integration dienen kann. Alles Bestreben der AU basiert auf dem Modell der EU“ (übersetzter Auszug aus einem Interview des Autors in Addis Ababa, 21.02.2008).

In vielen Bereichen ist der Prozess der regionalen Integration der Pfad auf dem das EU-Modell politisch-ökonomischer Organisation zur Anwendung gebracht und ein zivilisiertes internationales System vorangetrieben wird. Nach innen gerichtet fungiert es als Testobjekt für die Anwendbarkeit und Funktionalität der entsprechenden Interaktionsräume. Durch diese Prozesse konnten kriegerische Auseinandersetzungen in Westeuropa in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts überwunden und eine Phase relativen Friedens und Wohlstands eingeleitet werden. Dieser Erfolg legitimiert die EU, als globaler Akteur aufzutreten, speziell als Gegenentwurf zu den USA. Daher ist es auch wenig überraschend, dass die EU anstrebt, ihr internes System politisch-ökonomischer Organisation durch ihre Außenbeziehungen voranzutreiben, um es als bevorzugtes Weltordnungsmodell zu propagieren: „the civilian power employed in the EU's own region-building is also being projected in its external relations as the preferred world order model“ (HETTNE u. SÖDERBAUM 2005, S. 538). Die EU weist in dieser Form der Politik und Entscheidungsfindung, durch den bereits durchlaufenen Lernprozess, die größte Erfahrung und Finesse auf, um ein internationales System zu ihren Gunsten beeinflussen zu können.

Die EU als geoökonomische Macht

Die zuvor beschriebene vorwiegend positive Sichtweise zur Rolle der EU in der Welt, ist natürlich kontrovers⁶, insbesondere im Bezug zu Entwicklungsländern. Für die EU-AKP Beziehungen stellt

⁶ Für alternative Sichtweisen zur EU Osterweiterung werden BALDWIN et al. (1997), HENDERSON (1999), AGNEW (2001), MORAVCSIK und VACHUDOVA (2003), GRZYMALA-BUSSE und INNES (2003), KUUS (2004) und SCHADLER (2007) empfohlen.

HURT (2003, S. 161) in Frage, inwiefern die EU sich wirklich „very supportive“ gegenüber den AKP-Ländern verhält. Die Cotonou-Vereinbarung, so argumentiert er, „hat das Verhältnis erheblich weiter von einem kooperativen in Richtung eines zwanghaften Charakters verschoben“ (übersetzt von HURT 2003, S. 161). Es kann also nicht zwingend davon ausgegangen werden, dass der Handel mit AKP-Ländern von entwicklungspolitisch orientierten Absichten geleitet ist, sondern auch durch die Verpflichtungen als Mitglied der Welthandelsorganisation (WTO) (NIXSON 2007, S. 323). DODDS (2000, S. 70) merkt in diesem Zusammenhang an, dass für viele Kommentatoren der südlichen Hemisphäre das momentane Streben nach „Zugang“ zum Weltmarkt dazu führt, dass verletzlichere und ärmere Regionen des Weltmarktes weiterhin von den nördlichen Staaten ausgebeutet werden. Ähnliche Vorbehalte wurden häufig auch in den geführten Interviews geäußert. Der Koordinator der afrikanischen Dependence einer internationalen NGO für Steuergerechtigkeit betonte beispielsweise: „there is a competition amongst powerful countries (EU, US, China) to dominate African countries. They are competing to exploit countries that are not able to protect themselves. The EU is yet another power in this game“ (Interview des Autors in Nairobi, 27.11.2007).

Der Programm-Koordinator einer weiteren NGO in Nairobi verurteilte die Machtungleichheiten innerhalb der EU-AKP Beziehungen im Zusammenhang mit den Verhandlungen zu den neuen EPAs mit den Worten: „It is economic imperialism. The historical background of LOMG was to maintain access for European countries to raw-materials from their former colonies. Now it is to maintain market access for European companies“ (Interviews des Autors in Nairobi, 20.11.2007). Es handelt sich hierbei um ausgewählte Beispiele häufig wiederkehrender Ansichten. So standen im Zuge der Interviews zu diesem Forschungsprojekt insbesondere die EPAs im Zentrum der Kritik afrikanischer Gesprächspartner. Ein EAC-Beamter berichtet ebenfalls zu diesem Thema: „the Europeans had been pushing their interests quite heavily (government procurement amongst other things) and were arm-twisting the ACP countries. There was also a strong push on part of the EU to comply with WTO regulations“ (Inter-



Abb. 1: Darstellung der EPAs in kenianischer Tageszeitung
Quelle: Daily Nation, 05.12.2008

views des Autors in Arusha, 18.03.2008). Im Grunde genommen zielt die gesamte Sprache des Cotonou-Abkommens laut HURT (2003, S. 163) darauf ab, gegenseitiges Einverständnis und erzwungene Zustimmung bei der Entscheidungsfindung clever zu vermischen, wobei das gegenseitige Einverständnis durch Begrifflichkeiten wie „Dialog“, „Partnerschaft“ und AKP-Ländern, „die über ihre eigenen Entwicklungsstrategien entscheiden“, ausgedrückt werden soll. Jedoch wird der zwanghafte Charakter sehr deutlich durch die Einschätzung der EU, dass EPAs die einzige praktikable Alternative seien und dass die Entwicklungshilfe an kontinuierliche überprüfte Bedingungen geknüpft sein muss (HURT 2003, S. 163).

Abbildung 1 illustriert, wie die EPAs in Kenia teilweise stark negativ dargestellt werden. Es zeigt eine Anzeige der Kenya Human Rights Commission in Kenias auflagenstärkster Tageszeitung, der *Daily Nation* vom 5. Dezember 2008. Der Titel lautet „EPA = Recolonisation of Kenya“ und beschreibt bildlich EPAs als „moderne Sklaverei“ durch die Darstellung von in Ketten gefesselten Afrikanern. Durch Bilder, die die EPAs in die Nähe von Sklavendeportationen rücken, wurde die Bevölkerung aufgerufen, Druck auf ihre Volksvertreter auszuüben, um deren Zustimmung zu EPAs im Parlament zu verhindern. Die Kampagne zeigt deutlich, wie in gewissen Vorstellungen Kernaspekte europäischer

Entwicklungspolitik in einem neokolonialen Kontext wahrgenommen werden.

Ein beträchtlicher Teil der Veränderungen europäischer Entwicklungspolitik seit der Gründung der EU im Jahre 1992 zielte darauf ab, die Handelsbeziehungen mit den Entwicklungsländern dem Regelwerk der Welthandelsorganisation (WTO) anzupassen. Dies geschah in Übereinstimmung mit der grundsätzlichen Überzeugung der EU, die Liberalisierung des Welthandels voranzutreiben und Handelsbarrieren abzubauen. Europas Hauptaufgabe im Rahmen von Entwicklungszusammenarbeit besteht daher darin, Partner dabei zu unterstützen, sich für liberale Marktformen stark zu machen und dies durch konditionalisierte Unterstützung und Freihandel zu erreichen (HOLDEN 2009, S. 127). In vielen Fällen bedeuteten die neuen Vereinbarungen ein Ende der Lomé-Ära, die durch für AKP-Länder vorteilhafte, einseitige Freihandelsabkommen mit der EU gekennzeichnet war. Die europäische Seite stellte das Ende dieses Abkommens häufig als unverzichtbar dar, um WTO-Regularien einhalten zu können. Diese janusköpfige Darstellung eines äußeren Zwangs wird durch das Wissen um die Rolle der EU als treibende Kraft bei der Formulierung ebendieser Regularien noch deutlicher (GIBB 2000). HURT (2003) kritisiert dies mit den Worten: „the new approach taken by the EU can be understood within the context of the hegemonic dominance of neoliberalism within political elites. This is most explicitly demonstrated by the EU’s major justification for the proposed changes: the need to comply with the core principles and rules of the World Trade Organization (WTO) (S. 161) [...] a strategic attempt by the EU to externalise responsibility for its own policy“ (S. 174).

Die Handelskonzessionen der Lomé-Konvention wurden um acht Jahre verlängert. Nach diesem Zeitraum wäre der Handel dann auf die Prinzipien wie die der „Everything but Arms Initiative“ (EBA), des „General System of Preferences“ (GSP) oder der „Economic Partnership Agreements“ (EPA) aufgebaut (HOLDEN 2009, S. 127-128). Diese Vereinbarungen wurden zum Teil bereits unterzeichnet oder befinden sich noch in Verhandlungen und bilden zusammen mit den überarbeiteten Verträgen von Cotonou (2005) die Grundlage der EU-Beziehungen zu AKP-Staaten. Seit der Ratifizierung der römischen

Verträge im Jahre 1957 hat sich laut CARBONE (2007, S. 31) die EU-Entwicklungspolitik schrittweise von Beziehungen zu einzelnen afrikanischen Staaten zu einem weitreichenden globalpolitischen Ansatz weiterentwickelt. Bei Betrachtung der asymmetrischen Verteilung des ‚wirtschaftlichen‘ gegenüber dem ‚politischen‘ Einfluss der EU im globalen Rahmen verwundert es daher nicht, dass das „economic medium“ häufig die Konzeption kollektiver EU-Außenbeziehungen dominiert.

Es sei hier jedoch betont, dass die erläuterte Differenzierung in ‚politische‘ und ‚wirtschaftliche‘ Handlungsfelder nicht als rigide Unterscheidung zu sehen ist, sondern eher als strukturierende und vereinfachende Hilfestellung zur Veranschaulichung interdependenter Aspekte europäischer Außenbeziehung. Im Zuge der Entwicklung eines zivilisierten internationalen Systems innerhalb der Europäischen Gemeinschaft bzw. Europäischen Union bereiteten ‚wirtschaftliche‘ Integrationsschritte in der Regel den Weg für weitere ‚politische‘ Integration; die Politikfelder sind also eher als komplementär, nicht als scharf voneinander abgetrennt, zu betrachten. Auch bezüglich der kollektiven Außenbeziehung sind die beiden Politikfelder als zwei Seiten der gleichen Medaille anzusehen. Die Kategorisierung beruht auf der von FIORAMONTI und POLETTI (2008) aufgeworfenen Unterscheidung, welche durch die hier aufgezeigten, ähnlich gelagerten Differenzierungen externer Wahrnehmungen weitestgehend bestätigt wurde. Dementsprechend sind diese nicht als sich gegeneinander ausschließende Kategorien zu betrachten, sondern eher als Hilfestellung zur verständlicheren und strukturierteren Darstellung verschiedener, jedoch verflochtener und aufeinander aufbauender, Aspekte komplexer EU-Außenbeziehungen.

Differenzierte Rollen und Sichtweisen

Externe Sichtweisen auf die EU reflektieren sowohl in positiver wie auch negativer Hinsicht häufig die oben erläuterte Differenzierung der Rollen der EU als politisches Modell und/oder als wirtschaftliche (Groß)Macht. Im Zuge des zugrunde liegenden Forschungsprojekts in Ostafrika wurden die Informanten zum Abschluss der Interviews gebeten, aufzulisten, welche Aspekte der EU und

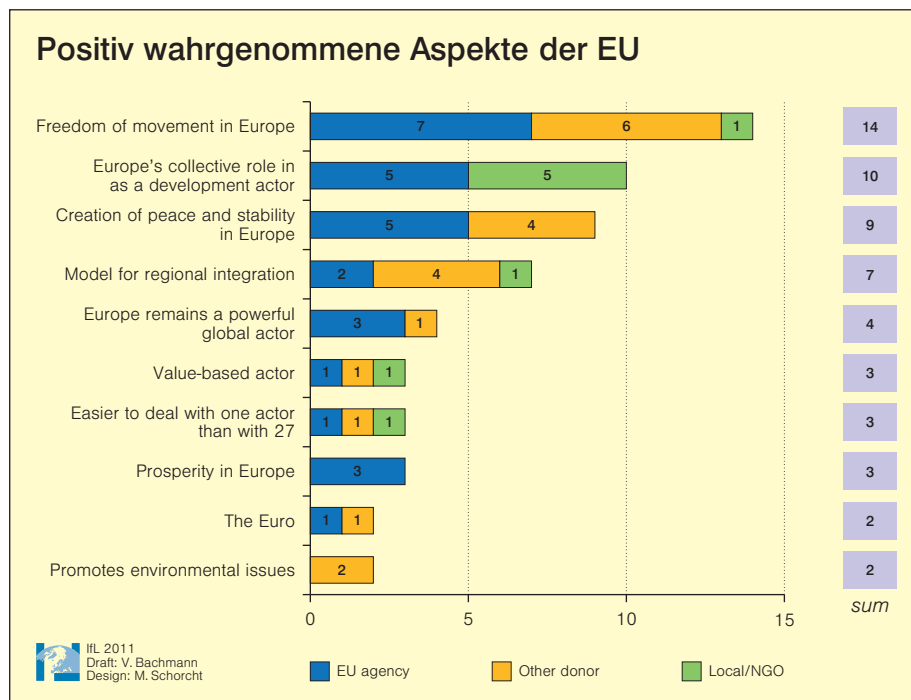


Abb. 2: Positiv wahrgenommene Aspekte der EU
Quelle: eigene Erhebung

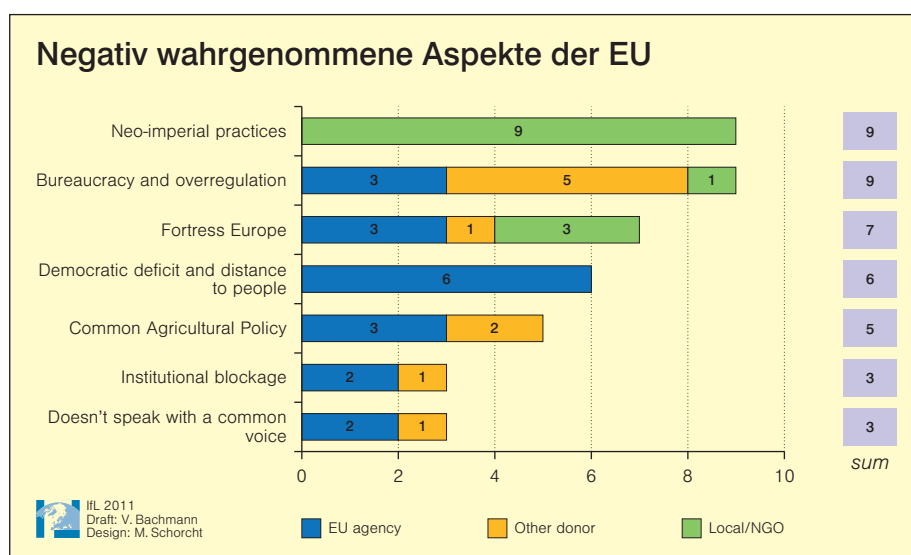


Abb. 3: Negativ wahrgenommene Aspekte der EU
Quelle: eigene Erhebung

ihrer Rolle in der Welt sie als besonders positiv bzw. besonders negativ einschätzen. Die Fragen wurden bewusst offen gestellt und sollten sich nicht ausschließlich auf die Rolle der EU in Afrika beziehen. Da jedoch die Interviews in einem entwicklungspolitischen Kontext stattfanden, ist der Themenkomplex der EU als Entwicklungsakteur in den Antworten relativ stark reflektiert. Die Ergebnisse sind in Abbildungen 2 und 3 dargestellt.

Auf positiver Seite wurde der Aspekt ‚Freedom of movement in Europe‘ am häufigsten genannt. Dies bezieht sich auf den gemeinsamen Markt und das Recht

auf freie Wohn- und Arbeitsplatzwahl innerhalb der EU. Allerdings ist hierbei zu betonen, dass dieser Aspekt sowie ‚Creation of peace and stability in Europe‘ in erster Linie von Vertretern von europäischen und anderen Gebern als wichtig erachtet wurde. Bei afrikanischen Informanten hingegen wurden die gemeinsame europäische Rolle als entwicklungspolitischer Akteur und die damit verbundene Bereitstellung von Entwicklungshilfe als positivste Aspekte bewertet. Es ist hierbei jedoch hervorzuheben, dass für insgesamt 60 % der Befragten (33 von 55) die 4 Aspekte im Vordergrund stehen, die sich in ihrer Gesamtheit auf das EU-spe-

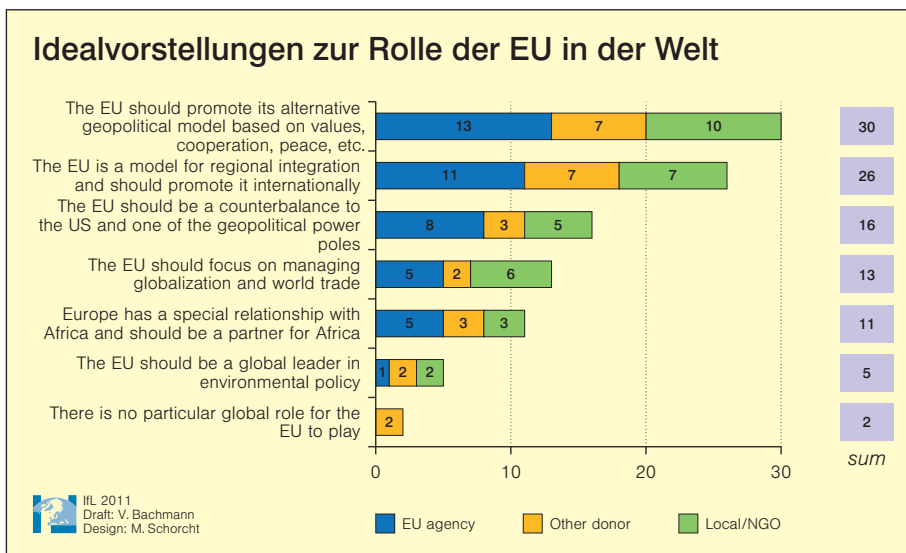


Abb. 4: Idealvorstellungen zur Rolle der EU in der Welt
Quelle: eigene Erhebung

zifische System politisch-ökonomischer Organisation und dessen historische Entwicklung beziehen („Freedom of movement in Europe“, „Creation of peace and stability in Europe“, „Model for regional integration“ und „Value-based actor“).

Auf negativer Seite beziehen sich die Hauptkritikpunkte afrikanischer Informanten auf Aspekte, die hier mit den Begriffen „Neo-imperial practices“ und „Fortress Europe“ zusammengefasst sind. Dies umfasst in erster Linie Situationen, in denen europäische Akteure afrikanische Staaten unter Druck setzen (z.B. bezüglich gewisser Handelsabkommen wie den EPAs) oder sich in die inneren Angelegenheiten afrikanischer Staaten einmischen. Des weiteren wurden häufig europäische Maßnahmen systematischer Ausgrenzung kritisiert, vor allen Dingen auf migrationspolitischem Gebiet (z.B. die Flüchtlingsproblematik im Mittelmeer), aber auch mit Bezug zu europäischen Subventionsregimen (z.B. in der Landwirtschaft), die dazu führen, dass subventionierte, europäische Produkte vergleichbare afrikanische Produkte sowohl auf dem Weltmarkt als auch in afrikanischen Ländern verdrängen. Wie in Grafik 3 ersichtlich, sind derartige Aspekte, von HOOPER und KRAMSCH (2007, S. 527) als „Europe’s flourishing neo-colonialist political economy“ bezeichnet, sehr prominent in den Wahrnehmungen afrikanischer Informanten. Unter europäischem, außenpolitischem Personal jedoch werden sowohl diese Aspekte als auch die Prominenz ebendieser bei den afrikanischen Kooperationspartnern nur selten zur Kenntnis genommen. Ein NGO-Koordinator in Nairobi kritisiert

in diesem Zusammenhang, dass Europa „seine Agenda mit zu viel Druck durchsetzen will. Es [Europa] hat zu viel Einfluss auf unsere inneren Angelegenheiten. Es gibt keine Veränderung der historisch gewachsenen Beziehungen“ (übersetzter Auszug aus einem Interview des Autors, Arusha, 18.03.2008). Dem ist eine Aussage eines AU-Beamten in Addis Abeba hinzuzufügen. Dieser stellt fest, dass europäisches „Versagen [zu erkennen ist], afrikanische Realitäten und Positionen zu verstehen. [Die Europäer] versuchen, uns ihre Standpunkte aufzuzwingen“ (übersetzter Auszug aus einem Interview des Autors, Addis Ababa, 22.02.2008).

Bezüglich der Idealvorstellungen zur zukünftigen Rolle der EU in der Welt sind jedoch nur relativ geringe Abweichungen zwischen afrikanischen und europäischen Akteuren zu erkennen. Abbildung 4 zeigt die Antworten auf die Frage, welche kollektive Rolle die EU in der Welt spielen sollte.

Hierbei wird ersichtlich, dass afrikanische und europäische Informanten ähnliche Vorstellung zu Europas gewünschter Rolle in der Welt haben. Die EU wird häufig als Akteur wahrgenommen, dessen geopolitische Strategie weniger militärisch-aggressiv und mehr wertorientiert ist. Die europäischen Strukturen kollaborativer und multilateraler Politikführung, die Prozesse regionaler Integration und das System politisch-ökonomischer Organisation werden häufig als erstrebenswert und in gewisser Weise auch als Gegensatz zu amerikanischem Dominanzstreben erachtet. Ein leitender Vertreter der Afrikanischen Union zum Beispiel beschreibt die EU als „ein Modell für Interdepen-

denzen und Multilateralismus, welches anderen Akteuren zeigen sollte, wie globale Probleme auf multilateraler Basis und durch Interdependenzen angegangen werden können. Es [Europa] sollte seine friedliche Außenpolitik und sein starkes Bekenntnis zu Gewaltlosigkeit exportieren. In dieser Hinsicht hat die EU eine andere Philosophie als die USA. Es sollte die Werte und Errungenschaften die es intern erreichte mit der Welt teilen, also Menschenrechte, Demokratie, technologische Errungenschaften, usw. Die EU sollte diese Werte in die Welt exportieren“ (übersetzter Auszug aus einem Interview des Autors in Addis Ababa, 22.02.2008).

Die EU sollte, so der allgemeine Tenor, eine derartige „zivilisierte“ Ausrichtung auch international vorantreiben. Ein (amerikanischer) Volkswirt der Weltbank in Nairobi beschreibt die EU als ein „Modell für die komplette Welt, mit frei beweglichem Kapital und Arbeitskräften. [...] Die EU sollte ihre inneren Strukturen auf das globale internationale System übertragen“ (übersetzter Auszug eines Interviews des Autors in Nairobi, 27.02.2008). In ähnlicher Weise äußerte sich ein weiterer Vertreter der Afrikanischen Union: „In a globalised world the EU should share the values it has developed and realised internally with the entire world. Share with the world the tools of regional integration and act as a model. Share with the world its infrastructure masterplan, and also its principles of democracy, anti-corruption, human rights, no torture, press freedom, and all the other freedoms. Share with the world the regulation mechanisms that allow it to impose the level of civilian structures it has developed internally onto all 27 member states. Share the common values and the way how it managed to have those common values respected throughout the entire union“ (Interview des Autors in Addis Ababa, 21.02.2008).

Diese Aussage sowie auch viele andere während der Interviews überschneiden sich mit wissenschaftlichen Texten zu Europas Rolle in der Welt (siehe oben, auch BRETHERTON u. VOGLER 2006). Die Absicht hier ist jedoch nicht, den Wahrheitsgehalt dieser Aussagen genau zu analysieren, sondern darzulegen, welche dominanten Vorstellungen bestehen sowie aufzuzeigen, wie positive und negative Wahrnehmungen in gewissen Situationen und bei unterschiedlichen Akteuren sich teilweise überschneiden, teilweise allerdings auch substantiell

voneinander abweichen. Der Hauptunterschied zwischen den Ansichten afrikanischer und europäischer Informanten bestand im Hinblick auf Ansichten, die die EU als (neo)imperialen Akteur erachten. In diesem Zusammenhang ist auch hervorzuheben, dass vor allem afrikanische Informanten klar differenzieren zwischen den beiden Rollen der EU als Modell und als Macht. Während die Rolle als Geber und als Modell für politisch-ökonomische Organisation klar anerkannt und als erstrebenswert angesehen wird, wird die wirtschaftliche Rolle, vor allem hinsichtlich der Beziehungen zu den Entwicklungsländern, als sehr dominant und kritisch wahrgenommen. Europäische Informanten differenzieren diesbezüglich weitaus weniger; der Modellcharakter wird zwar ähnlich stark betont, (neo)imperiale Praktiken werden jedoch häufig als Thema der Vergangenheit erachtet.

Natürlich sind die aktuellen Beziehungen der EU zu Entwicklungsländern anders gelagert als zur Kolonialzeit. Das Ziel erscheint nicht mehr, klassische koloniale Vorherrschaft zu erzielen, sondern Interaktionsräume für Verhandlungen, Kooperation und den gegenseitigen Meinungsaustausch zu etablieren – vergleichbar mit solchen innerhalb der EU. Dennoch muss kritisch hinterfragt werden, inwiefern das europäische Modell sowie die diesem zu Grunde liegenden politisch-ökonomischen Annahmen und theoretischen Konstrukte überhaupt auf andere Regionen übertragbar sind. Ein kanadischer Entwicklungshelfer in Nairobi weist darauf hin, dass Europa teilweise „geblendet ist von der Erfolgsgeschichte der EU“. Trotz dieser äußerst beachtlichen Entwicklung, führte er weiter aus, müsse „Europa die Grenzen seines Erfolgsmodells erkennen; es funktioniert nicht notwendigerweise überall“ (übersetzte Auszüge eines Interviews des Autors in Nairobi, 18.11.2008). Ungeachtet der Ansprüche der EU, „ihr System niemandem aufzuoktroyieren“ (EC 2007b, S. 4), wird die Legitimität eines Exports des Modells nicht in Frage gestellt und findet sich häufig in offiziellen EU-Dokumenten. Diese Ansicht zeichnet sich auch in den geführten Interviews mit außenpolitischen Eliten der EU ab. T. TUATHAIL (1996, S. 256, übersetzt) warnt in diesem Zusammenhang jedoch folgerichtig, dass sowohl „das Aufzwingen und als auch das sanfte Vorantreiben imperialer Raumordnungen noch nie ohne Herausforderung

und Widerstand vonstatten ging“. Bei der Konzeption wie auch bei der Ausgestaltung europäischer Beziehungen zu Afrika ist eine kritische Auseinandersetzung, sowohl auf wissenschaftlicher als auch auf praktischer Ebene, mit der problematischen Vergangenheit sowie aktuell kontroversen Praktiken europäischen Engagements in Afrika unerlässlich.

Fazit

Der hier vorgestellte Artikel zeigt die Komplexität europäischer Entwicklungspolitik bezüglich der Vielfalt an Akteuren, verschiedener, aber dennoch verflochtener Politikfelder und differenzierter Wahrnehmungen auf. Auf der einen Seite beschreibt HOLDEN (2009) die „EU Hilfspolitik“ als ein „globales Politikinstrument“ zur Ausübung struktureller Macht über die Grenzen der EU hinaus. Auf der anderen Seite bezieht sich die Rolle der EU als entwicklungspolitischer Akteur auf ihre Wertorientierung und zielt darauf ab, soziale und wirtschaftliche Entwicklung in den Ländern des globalen Südens zu fördern. Durch ihren Status als weltgrößte Volkswirtschaft und Geber von Entwicklungshilfe versteht sich die EU auf dem Gebiet nachhaltiger Entwicklung, insbesondere durch die Einbindung von Entwicklungsländern in die Weltwirtschaft (trade not aid), in einer globalen Führungsrolle. Dabei tritt auch die Ambition der EU hervor, Interaktionsräume in beiderlei Hinsicht zu regulieren: als geoökonomische Macht, z.B. durch globale Handelsregime, und als geopolitisches Modell eines ‚zivilisierten‘ internationalen System und als ‚helping hand‘ (EC 2007b) für Entwicklungsländer – wobei beide Politikfelder eng miteinander verwoben sind.

Schon seit Beginn der Debatten zu Europas kollektiver Rolle in der Welt wurden immer wieder die Absichten betont, dass „globalen Ungerechtigkeiten, humanitärem Leiden, Konflikten und Ängsten vor Machtverschiebung“ entgegenzuwirken sei (übersetzt von DUCHÊNE 1972, S. 37). Damit einhergehend ist das Streben nach „wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Ausgewogenheit von Entwicklungsprozessen im Weltmaßstab – ein Bündel von Zielen, das sich am besten mit dem Begriff der »nachhaltigen Entwicklung« charakterisieren lässt“ (KIRSTE u. MAULL 1996, S. 302). In ähnlicher Weise formuliert TELÒ dies mit den Worten: „[a strive for] greater economic justice for a more legitimate world order“ (TELÒ 2006, S. 242, 82). Eine der-

artig gelagerte internationale Positionierung soll auch dazu dienen, die EU als legitimen und einflussreichen Akteur auf globaler Ebene hervorzuheben. Im Zuge der Gründung der EU im Jahre 1992 propagierte Jürgen HABERMAS (1992, S. 12-13), dass Europa eine zweite Chance erhält, die Weltgeschichte zu beeinflussen, allerdings in diesem Fall nur durch das Aufbauen eines gegenseitigen Verständnisses mit anderen Kulturen. Zehn Jahre später argumentierten NICOLAIDIS und LACROIX (2003), dass die EU im Prinzip schon eine „Miniwelt“ (S. 127) darstellt, ein „Labor, nicht nur für andere regionale Bestrebungen, sondern sogar für globale Kooperationsformen“ (übersetzt von NICOLAIDIS u. LACROIX 2003, S. 152). Was NICOLAIDIS und LACROIX hier als „global forms of cooperation“ bezeichnen, entspricht den oben erläuterten regulierten Interaktionsräumen des für die EU typischen Systems politisch-ökonomischer Organisation. In ähnlicher Weise beschreibt Luiza BIALASIEWICZ „neue Konfigurationen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Einflusses, in denen Europa zunehmend eine dezente, aber dennoch bestimmte Führungsrolle einnimmt“ (übersetzt von BIALASIEWICZ 2008, S. 79).

Die Ambitionen der EU, eine solch globale Führungsrolle zu übernehmen, erwächst dabei aus der Geschichte des europäischen Einigungsprozesses und der Schaffung eines ‚zivilisierten‘ internationalen Systems in (West)Europa in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Durch die Prozesse regionaler Integration konnte sich dieses Modell entwickeln, wurde erprobt und legitimiert heute die Ambitionen der EU als globaler Akteur und ‚Partner‘ für Entwicklungsländer. Dementsprechend wurden Aspekte regionaler Integration und eines zivilisierten internationalen Systems zu Kernpunkten in der Konzeption und Durchführung kollektiver europäischer Außenbeziehungen. Dies entspricht dem ausgerufenen Ziel, interne und externe Politikagenden einander anzugleichen, insbesondere mit Bezug zu den Strukturen des Systems politisch-ökonomischer Organisation und Interaktion. Gerade (und vielleicht nur) innerhalb dieser etablierten Modi Operandi kann Europa *kollektiv* bestimmt und einflussreich auftreten.

EU Außenbeziehungen reflektieren dabei die internen Integrationsniveaus bezüglich der erläuterten Differenzierung in ‚politische‘ und ‚wirtschaftliche‘ Politik-

felder. Durch den europäischen Binnenmarkt und den institutionellen Aufbau, welcher der Europäischen Kommission die Kompetenzen für Außenwirtschaftsbeziehung zuschreibt, besitzt die EU beträchtlichen Einfluss auf das globale Wirtschaftssystem. Auf ‚wirtschaftlicher‘ Ebene ist das Integrationsniveau der EU relativ hoch; die Interaktionsräume sind stark reguliert sowohl innerhalb der EU als auch in den Außenbeziehungen. Auf politischer Ebene jedoch ist das Integrationsniveau weitaus niedriger, intern wie auch extern. So wie auch intern viele politische Akteure auf verschiedenen Ebenen nebeneinander existieren, unterhalten auch mehrere europäische Akteure unterschiedlich gelagerte Außenbeziehungen. Dies ist besonders ersichtlich auf dem Gebiet der Entwicklungszusammenarbeit, da diese sowohl kollektiv durch die Europäische Kommission also auch bilateral durch die Mitgliedsstaaten gehandhabt wird. Die Fragmentierung der europäischen Außen- und Entwicklungspolitik untergräbt dabei eine stärkere kollektive Rolle der EU in diesen Politikfeldern. Als Teil einer ausgiebigen Studie mit dem Titel „The External Image of the European Union“ (LUCARELLI u. FIORAMONTI 2009a, 2009b) beschreiben FIORAMONTI und POLETTI (2008, S. 178) die Außenwahrnehmung der EU mit den Worten: „a number of issues (particularly free trade, non-tariff barriers and agricultural subsidies) produce an image of the EU as an actor that perpetuates Western domination. [...]“

As regards the more ‘political’ dimension, political elites’ [in India and Brazil] discourse points to a qualitative difference between the EU and the USA with respect to issues such as the strengthening of global democratic governance mechanisms, support for multilateralism and a more balanced distribution of power at the global level. [...] the EU is recognised as promoting a principled and rules-based foreign policy.

Nevertheless, one should observe that those policy areas in which the EU’s self-representation is closest to its external image (eg diplomacy, promotion of democracy, etc) are also those in which the EU’s power is perceived to be less developed and effective vis-à-vis areas such as international trade, where the EU could make a real difference.“

In ähnlicher Weise wurde auch im Zuge des hier zugrunde liegenden Forschungsprojekts deutlich, dass der Anspruch der EU auf eine normative

Rolle in der Welt eindeutig in der ‚politischen‘ Dimension wahrgenommen wird. Offizielle Dokumente und Aussagen europäischer Diplomaten sind in dieser Hinsicht weitestgehend kohärent, sowohl in den Politikpraktiken als auch in den Wahrnehmungen externer Kooperationspartner. Als Modell regionaler Integration sowie als zivilisiertes System politisch-ökonomischer Organisation besitzt die EU dabei eine immense Anziehungskraft und Glaubwürdigkeit als normativer Akteur (MANNERS 2002, 2006b).

Bezüglich der ‚wirtschaftlichen‘ Rolle weisen die normativen Ansprüchen der EU jedoch erhebliche Diskrepanzen zwischen den Politikpraktiken gegenüber Entwicklungsländern (z.B.: Marktliberalisierung oder Agrarsubventionen in der EU) sowie auch den Wahrnehmungen der externen Kooperationspartner („repressiv“, „ausbeutend“, „neo-imperial“) auf. Auf Grund der Dominanz wirtschaftlicher Interessen im Portfolio für Außenbeziehung der EU sowie der entsprechenden institutionellen Strukturen werden dabei andere Politikfelder der Außenbeziehungen häufig vernachlässigt. Entwicklungspolitik ist keine Ausnahme. Sie ist also nicht nur wegen der Vielzahl von Akteuren sehr komplex, sondern teilweise auch widersprüchlich, da der (beanspruchte) normative Charakter häufig von der Instrumentalisierung von Entwicklungshilfe zur Ausübung struktureller Macht unterminiert wird (HOLDEN 2009). Nicht ohne einen notwendigen, kritischen Fingerzeig vermerken Ulrich BECK und Edgar GRANDE (2004, S. 393) daher: „Einerseits muß Europa die Fallen von Arroganz und Selbstverleugnung vermeiden, andererseits jedoch seinen Stolz und sein Selbstbewußtsein ebendaraus beziehen – und aus seiner historischen Einmaligkeit, die die Lehre in die Welt gesetzt hat wie aus Feinden Nachbarn werden können. Dann gibt es weltweit eine Alternative zum *American way*, einen *European way*, der die Herrschaft des Rechts, politischer Gleichheit, soziale Gerechtigkeit, kosmopolitische Integration und Solidarität ins Zentrum stellt.“

Leider werden in der europäischen Entwicklungspolitik die „Fallen von Arroganz“ noch nicht vollständig vermieden. Das differenzierte Erkennen verschiedener Rollen Europas und die Kenntnis der Sichtweisen externer Kooperationspartner wäre ein erster

Schritt, um das dem europäischen Einigungsprozess innewohnende Potenzial zur Schaffung zivilisierter Interaktionsräume auch außerhalb Europas zu nutzen. Erstaunlicherweise ist diese Differenzierung unter den Kooperationspartnern der EU in Ostafrika bereits sehr präsent. Solange diese Differenzierungen und Sichtweisen jedoch auf europäischer Seite weitestgehend unbeachtet bleiben, stellt uns die europäische „Arroganz und Selbstverleugnung“ weiter zahlreiche Fallen auf dem Weg zum *European way*.

Literatur

- AGNEW, J. (1994): The territorial trap: The geographical assumptions of international relations theory. In: Review of International Political Economy 1, H. 1, S. 53-80.
- AGNEW, J. (2001): How Many Europes?: The European Union, Eastward Enlargement and Uneven Development. In: European Urban and Regional Studies 8, H. 1, S. 29-38.
- AGNEW, J. u. S. CORBRIDGE (1989): The New Geopolitics: The Dynamics of Geopolitical Disorder. In: JOHNSTON, R. u. P. TAYLOR (Hrsg.): A World in Crisis? Geographical Perspectives. Oxford, S. 266-288.
- ASCHE, H. u. U. ENGEL (Hrsg.) (2008): Negotiating Regions: The EU, Africa and the Economic Partnerships Agreements. Leipzig.
- BACH, D. 2010. The EU’s ‘strategic partnership’ with Africa: model or placebo? In: The Africa-EU Strategic Partnership Agreement: Implications for Nigeria.
- BACHMANN, V. (2009): Regulating geopolitical space: EU interaction with East Africa. PhD-thesis at the School of Geography, University of Plymouth.
- BACHMANN, V. u. J.D. SIDAWAY (2009): Zivilmacht Europa: a critical geopolitics of the European Union as a global power. In: Transactions of the Institute of British Geographers 34, H. 1, S. 94-109.
- BACHMANN, V. u. J.D. SIDAWAY (2010): African regional integration and European involvement: external agents in the East African Community In: South African Geographical Journal 92, H. 1, S. 1-6.
- BALDWIN, R. E., J.F. FRANCOIS, R. PORTES, D. RODRIK u. I.P. SZEKELY (1997): The Costs and Benefits of Eastern Enlargement: The Impact on the EU and Central Europe. In: Economic Policy 12, H. 24, S. 125-176.

- BECK, U. u. E. GRANDE (2004): Das kosmopolitische Europa. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- BECK, U. u. E. GRANDE (2007): Cosmopolitan Europe. Cambridge.
- BIALASIEWICZ, L. (2008): The Uncertain State(s) of Europe? In: *European Urban and Regional Studies* 15, H. 1, S. 71-82.
- BRETHERTON, C. u. J. VOGLER (2006): The European Union as a global actor. London; New York.
- CARBONE, M. (2007): The European Union and international development: the politics of foreign aid. London.
- CARBONE, M. (2008): Mission Impossible: the European Union and Policy Coherence for Development. In: *Journal of European Integration* 30, H. 3, S. 323-342.
- DALBY, S. (1990): Creating the second cold war: the discourse of politics. London: Pinter.
- DALBY, S. (1991): Critical geopolitics: discourse, difference, and dissent. In: *Environment and Planning D: Society and Space* 9, S. 261-283.
- DIALER, D. (2007): Die EU-Entwicklungspolitik im Brennpunkt. Eine Analyse der politischen Dimension des Cotonou-Abkommens. Frankfurt.
- DIEZ, T. (2005): Constructing the Self and Changing Others: Reconsidering 'Normative Power Europe'. In: *Millennium - Journal of International Studies* 33, H. 3, S. 613-636.
- DODDS, K. (2000): Geopolitics in a changing world. Harlow.
- DODDS, K. u. J.D. SIDAWAY (1994): Locating critical geopolitics. In: *Environment and Planning D: Society and Space* 12, H. 5, S. 515-524.
- DUCHÊNE, F. (1972): Europe's Role in World Peace. In: MAYNE, R. (Hrsg.): *Europe Tomorrow. Sixteen Europeans Look Ahead*. London, S. 32-47.
- DUCHÊNE, F. (1973): The European Community and the Uncertainties of Interdependence In: KOHNSTAMM, M. u. W. HAGER (Hrsg.): *A Nation Writ Large? Foreign Policy Problems before the European Community*. Basingstoke, S. 1-21.
- DUCHÊNE, F. (1994): Jean Monnet: the first statesman of interdependence. New York.
- EC (2000): ACP-EU Partnership Agreement (Cotonou). European Commission http://ec.europa.eu/development/Geographical/Cotonou/CotonouDoc_en.cfm.
- EC (2006): Partnership Agreement ACP-EC (revised version 2005). European Commission http://ec.europa.eu/development/icenter/repository/Cotonou_EN_2006_en.pdf
- EC (2007a): The Africa-EU Strategic Partnership - A Joint Africa-EU Strategy. European Commission
- EC (2007b): The EU in the world. The foreign policy of the European Union. European Commission. <http://ec.europa.eu/publications/booklets/move/67/en.pdf>.
- EC (2007c): First Action Plan (2008-2010) for the Implementation of the Africa-EU Strategic Partnership. European Commission
- EC (2007d): Republic of Kenya - European Community. Country Strategy Paper and Indicative Programme for the period 2008-2013. European Commission http://ec.europa.eu/development/icenter/repository/scanned_ke_csp10_en.pdf.
- EC (2008): Region of Eastern and Southern Africa and the Indian Ocean - European Community. Regional Strategy Paper and Regional Indicative Programme for the period 2008-2013. European Commission
- ELGSTRÖM, O. u. M.F. LARSÉN (2010): Free to trade? Commission autonomy in the Economic Partnership Agreement negotiations. In: *Journal of European Public Policy* 17, H. 2, S. 205-223.
- EPCC (2006): The European Consensus on Development. Official Journal of the European Union http://ec.europa.eu/development/body/development_policy_statement/index_en.htm.
- FABER, G. J. u. J. ORBIE (2009): Beyond market access for economic development : EU-Africa relations in transition. London; New York.
- FERRERO-WALDNER, B. (2007): Global Marshall Plan. http://www.global-marshallplan.org/die_initiative/stimmen/index_ger.html (last accessed 03/12/2010).
- FIORAMONTI, L. u. A. POLETTI (2008): Facing the Giant: Southern perspectives on the European Union. In: *Third World Quarterly* 29, H. 1, S. 167-180.
- GIBB, R. (2000): Post-Lomé: European Union and the South. In: *Third World Quarterly* 21, H. 3, S. 457-481.
- GIBB, R. (2004): Developing countries and markets access: the bitter-sweet taste of the European Union's sugar policy in southern Africa. In: *Journal of Modern African Studies* 42, H. 4, S. 563-588.
- GIBB, R. (2006): The European Union's 'Everything But Arms' development initiative and sugar: Preferential access or continued protectionism? In: *Applied Geography* 26, H. 1, S. 1-17.
- GLASZE, G. (2007): The Discursive Constitution of a World-Spanning Region and the Role of Empty Signifiers: The Case of Francophonie. In: *Geopolitics* 12, H. 4, S. 656-679.
- GRZYMALA-BUSSE, A. u. A. INNES (2003): Great Expectations: The EU and Domestic Political Competition in East Central Europe. In: *East European Politics and Societies* 17, H. 1, S. 64-73.
- HABERMAS, J. (1992): Citizenship and National Identity: Some Reflections on the Future of Europe. In: *Praxis International* 12, H. 1, S. 1-19.
- HARPAZ, G. u. A. SHAMIS (2010): Normative Power Europe and the State of Israel: An Illegitimate EUtopia? In: *Journal of Common Market Studies* 48, H. 3, S. 579-616.
- HENDERSON, K. (1999): Back to Europe: Central and Eastern Europe and the European Union. London; Philadelphia.
- HETTNE, B. u. F. SÖDERBAUM (2005): Civilian Power or Soft Imperialism? The EU as a Global Actor and the Role of Interregionalism. In: *European Foreign Affairs Review* 10, H. 4, S. 535- 552.
- HILL, C. (1993): The capability-expectations gap, or conceptualizing Europe's international role. In: *Journal of Common Market Studies* 31, H. 3, S. 305- 328.
- HOLDEN, P. (2009): In search of structural power: EU aid policy as a global political instrument. Aldershot.
- HOLLAND, M. (2002): The European Union and the Third World. Basingstoke; New York.
- HOOPER, B. u. O. KRAMSCH (2007): Post-Colonising Europe: the geopolitics of globalisation, empire and borders: here and there, now and then. In: *Tijdschrift voor Economische en Sociale Geografie* 98, H. 4, S. 526-534.
- HURT, S. R. (2003): Co-operation and coercion? The Cotonou Agreement between the European Union and ACP states and the end of the Lomé Convention. In: *Third World Quarterly* 24, H. 1, S. 161-176.
- IMF (2010): World Economic Outlook Database. International Monetary Fund. <http://www.imf.org/external/pubs/ft/weo/2010/02/weodata/index.aspx> (last accessed 25/11/2010).
- KIRSTE, K. u. H. MAULL (1996): Zivilmacht und Rollentheorie. In: *Zeit-*

- schrift für Internationale Beziehungen 3, H. 2, S. 283-312.
- KUUS, M. (2004): Europe's eastern expansion and the reinscription of otherness in East-Central Europe. In: *Progress in Human Geography* 28, H. 4, S. 472-489.
- LACLAU, E. (2006): Ideology and post-Marxism. In: *Journal of Political Ideologies* 11, H. 2, S. 103-114.
- LACLAU, E. u. C. MOUFFE (1985): *Hege-
mony and socialist strategy : towards
a radical democratic politics*. London.
- LISTER, M. (1997): *The European Union
and the South : relations with develop-
ing countries*. London.
- LUCARELLI, S. u. L. FIORAMONTI (2009a):
Das globale Image der Europäischen
Union. In: *Aus Politik und Zeitge-
schichte* 23-24, H. 2009, S. 30-35.
- LUCARELLI, S. u. L. FIORAMONTI. 2009b.
The External Image of the EU.
Florence.
- LUKE, T. (1993): Discourses of disinteg-
ration, texts of transformation: re-rea-
ding realism in the new world order.
In: *Alternatives* 18, S. 229-258.
- MANNERS, I. (2002): Normative Power
Europe: A Contradiction in Terms? In:
Journal of Common Market Studies
40, H. 2, S. 235.
- MANNERS, I. (2006a): The European Uni-
on as a Normative Power: A Respon-
se to Thomas Diez. In: *Millennium -
Journal of International Studies* 35, H.
1, S. 167-180.
- MANNERS, I. (2006b): Normative pow-
er Europe reconsidered: beyond the
crossroads. In: *Journal of European
Public Policy* 13, H. 2, S. 182-199.
- MAULL, H.W. (1990): Germany and Ja-
pan: The New Civilian Powers. In:
Foreign Affairs 69, H. 5, S. 91-106.
- MAULL, H.W. (1993): Civilian Power: The
Concept and Its Relevance for Secu-
rity Issues. In: BABIC, L. u. B. HULDT
(Hrsg.): *Mapping the Unknown, To-
wards a New World Order*. Stockholm,
S. 115-131.
- MAULL, H.W. (2005): Europe and the new
balance of global order. In: *Internatio-
nal Affairs* 81, H. 4, S. 775-799.
- MOISI, D. (2009): *The Geopolitics of
Emotion*. New York.
- MORAVCSIK, A. u. M.A. VACHUDOVA
(2003): National Interests, State Pow-
er, and EU Enlargement. In: *East Eu-
ropean Politics and Societies* 17, H. 1,
S. 42-57.
- MÜLLER, M. (2008): Reconsidering the
concept of discourse for the field of
critical geopolitics: Towards discourse
as language and practice. In: *Political
Geography* 27, H. 3, S. 322-338.
- NICOLAIDIS, K. u. R. HOWSE (2002): 'This
is my EUtopia ...': Narrative as Pow-
er. In: *Journal of Common Market Stu-
dies* 40, H. 4, S. 767-792.
- NICOLAIDIS, K. u. J. LACROIX (2003): Or-
der and Justice beyond the Nation-Sta-
te: Europe's Competing Paradigms. In:
FOOT, R., J. L. GADDIS u. A. HURRELL
(Hrsg.): *Order and justice in international
relations*. Oxford ; New York, S. 125-154.
- NIXSON, F. (2007): Aid, Trade and Eco-
nomic Development: The EU and the
Developing World. In: ARTIS, M. u. F.
NIXSON (Hrsg.): *The economics of the
European Union: policy and analysis*.
Oxford; New York, S. 322-353.
- O'LOUGHLIN, J., G. T. TUATHAIL u. V. KO-
LOSSOV (2005): Russian geopolitical
culture and public opinion: the masks
of Proteus revisited. In: *Transactions
of the Institute of British Geographers*
30, H. 3, S. 322-335.
- T. TUATHAIL, G. (1996): *Critical Geopoliti-
tics*. Minneapolis.
- T. TUATHAIL, G. u. J. AGNEW (1992): Geo-
politics and discourse : Practical geo-
political reasoning in American for-
eign policy. In: *Political Geography* 11,
H. 2, S. 190-204.
- T. TUATHAIL, G. u. S. DALBY (1998): *Re-
thinking geopolitics*. New York.
- ORBIE, J. (Hrsg.) (2008): *Europe's global
role: external policies of the European
Union*. Aldershot.
- RECKWITZ, A. (2002): Toward a Theory of
Social Practices. In: *European Journal
of Social Theory* 5, H. 2, S. 243-263.
- ROGERS, J. (2009): From 'Civilian Pow-
er' to 'Global Power': Explicating the
European Union's 'Grand Strategy'
Through the Articulation of Discourse
Theory. In: *Journal of Common Mar-
ket Studies* 47, H. 4, S. 831-862.
- SCHADLER, S. (2007): The Challenges of
Enlargement. In: ARTIS, M. u. F. NIX-
SON (Hrsg.): *The economics of the Eu-
ropean Union: policy and analysis*.
Oxford; New York, S. 375-401.
- SCHEIPERS, S. u. D. SICURELLI (2007):
Normative Power Europe: A Credible
Utopia?. In: *Journal of Common Mar-
ket Studies* 45, H. 2, S. 435-457.
- SCHEIPERS, S. u. D. SICURELLI (2008): Em-
powering Africa: normative power in
EU-Africa relations. In: *Journal of Eu-
ropean Public Policy* 15, H. 4, S. 607-
623.
- SOLANA, J. (2002): Shaping an Effecti-
ve EU Foreign Policy. [http://ue.eu.int/
ueDocs/cms_Data/docs/pressdata/
EN/discours/69508.pdf](http://ue.eu.int/ueDocs/cms_Data/docs/pressdata/EN/discours/69508.pdf) (last accessed
02/06/2008).
- TELÒ, M. (2006): *Europe: A Civilian Po-
wer? European Union, Global Gover-
nance, World Order*. Basingstoke, UK.

Acknowledgement

„Ich möchte mich bei Roland Monjau,
Rim Lembcke und Stefan Ouma für ihre
Kommentare zu diesem Text bedanken.“

Dr. VEIT BACHMANN
Projektleiter EuroGaps
Institut für Humangeographie
Goethe-Universität Frankfurt am Main
Robert-Mayer-Straße 8
60325 Frankfurt am Main
veitb@uni-frankfurt.de